

In Bosnien-Herzegowina konkurriert das Modell der multi-ethnischen Gesellschaft mit der gefährlichen Idee des moslemischen Nationalstaates.

Vielvölker-Föderation oder getrennte Schlafzimmer?

Carsten Wieland

Hinter den Kulissen der Schlachtfelder im Vielvölkerstaat Bosnien-Herzegowina spielt sich, von der Weltöffentlichkeit weitgehend unbemerkt, ein Politpoker ab. Die Knackpunkte sind die folgenden Fragen: Soll Bosnien ein moslemischer Staat werden oder ein Vielvölkerstaat bleiben? Haben wir es mit einem ethnischen Bürgerkrieg oder mit einem Krieg zwischen Nationen zu tun? Ist die Kriegspartei Bosnien eine legitimierte demokratische und multi-ethnische Kraft oder ein dritter nationalistischer Protagonist?

Ein Blick in die verwirrende Parteienlandschaft Bosniens schafft Aufklärung und neue Unstimmigkeiten zugleich. Die stärkste politische Kraft in Bosnien-Herzegowina ist seit den Präsidentschaftswahlen 1992 die moslemisch geprägte Partei der Demokratischen Aktion (SDA) unter dem Präsidenten Alija Izetbegović. Zu den drei wichtigsten Männern im Staate zählen auch seine Parteigenossen Ejup Ganić, der Vizepräsident, und Premierminister Haris Silajdžić. Die Wurzeln der SDA-Dominanz liegen im Verfall einer Dreiparteienkoalition: Die Serbische Demokratische Partei (SDS) unter Radovan Karadžić verließ im April 1992 als erste das Präsidentschaftsbündnis,

gefolgt von der Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft (HDZ) Anfang 1993. Das hatte auch Auswirkungen auf dem Schlachtfeld. Die ehemaligen Koalitionspartner wurden militärische Gegner. Der Krieg in Bosnien-Herzegowina eskalierte. Nun stellte die SDA allein die Präsidentschaft, bot aber der Opposition an, den freigewordenen „serbischen“ und den „kroatischen“ Sitz zu besetzen. Seither machte das Wort von den drei ethnischen Kriegsgegnern die Runde: die Serben, gleichgesetzt mit der SDS, die Kroaten, identifiziert mit der HDZ, und die Moslems, gesehen unter der Führung Izetbegovićs und der SDA. Doch dies ist eine folgenschwere Vereinfachung, die von der westlichen Staatengemeinschaft, namentlich von den Vermittlern der Europäischen Union und der Vereinten Nationen, Cyrus Vance, David Owen und Thorwald Stoltenberg, gefördert wurde.

„Es war und ist noch immer zum großen Teil unmöglich, Bosnien entlang ethnischer Linien aufzuspalten“, so der Botschafter Bosniens bei den Vereinten Nationen, Muhammed Sacirbey, „denn die Wirklichkeit Bosniens heißt nicht nur ein ethnisch gemischtes Land, sondern auch vermischte Städte, Nachbarschaften, Geschäfte, Ehen und

Schlafzimmer". Musterbeispiel ist die Hauptstadt Sarajewo. Dort ist im Laufe des Krieges der Anteil der Moslems zwar auf siebenzig Prozent gestiegen. Dennoch sind die restlichen Einwohner Kroaten, Serben und andere. Noch immer wird knapp ein Fünftel der Ehen gemischt geschlossen. In einem Umkreis von hundert Metern finden sich in der Altstadt Moscheen, eine Synagoge, eine katholische und eine orthodoxe Kirche. In Sarajewo wohnen viele Menschen, die den Gedanken einer multi-ethnischen und multikulturellen Gesellschaft noch nicht aufgegeben haben. Im Gegenteil: Der Intellektuellenzirkel „Kreis 99“ konnte nach eigenen Angaben allein im Oktober des vergangenen Jahres über 150 000 Unterschriften für eine Deklaration sammeln, die ein einmütiges und freies Sarajewo fordert – das sind bereits die Hälfte aller Einwohner.

Wer also leichtfertig von „den Moslems“ als den Bosniern spricht, unterschätzt Zehntausende Andersgläubige alleine in Sarajewo. Dennoch sind Forderungen nach einem reinen Moslem-Staat zu hören gewesen, ermutigt von der Fehleinschätzung der internationalen Gemeinschaft und der serbischen und kroatischen Kampagne gegen Bosnier moslemischen Ursprungs. Solche Äußerungen stammen von Präsident Izetbegović persönlich. In dem Bulletin der sozialdemokratischen Oppositionsbewegung wird er mit den Worten zitiert: „Eine Koexistenz“ in Bosnien sei eine „Lüge“, und die bosnische Armee „kämpft nicht für einen einheimlichen und multi-ethnischen Staat“. Das war im Februar und März des vergangenen Jahres. Solche Sätze sind Wasser auf die Mühen moslemischer Nationalisten und gleichermaßen stete Tropfen für islamische Fundamentalisten.

Doch sie finden bisher keine Mehrheit. Mittlerweile hält sich Izetbegović mit derartiger

Polemik eher zurück. Auch sein Kultusminister war auf scharfe Proteste, besonders von den freien Medien in Sarajewo, gestoßen, als er ein Verbot gemischter Ehen und getrennten Schulunterricht forderte.

Allerdings sind es weniger öffentliche Proteste als politische Taktik, die Izetbegović versöhnlicher wirken lassen. Auf Vermittlung Washingtons hat er inzwischen eine bosnisch-kroatische Föderation geschlossen, eine tagespolitische Allianz also mit dem ehemaligen Regierungspartner HDZ. Seither beobachtet die bosnische Opposition Risse in der SDA. Auf der einen Seite Izetbegović und die – versteckte – Vision eines Moslem-Staates, und auf der anderen Seite die liberale Linie unter Premierminister Silajdžić, der eher für ein bürgerlich-demokratisches Bosnien-Herzegowina stehen soll.

Zersplitterte Opposition

Alle anderen Parteien im Parlament treten mehr oder minder deutlich für das Fortdauern eines multi-ethnischen Bosnien-Herzegowinas ein. Doch die Opposition ist klein, eingeschüchtert und zersplittert.

Die größte Gruppe stellt mit zehn Prozent die Union Bosnischer Sozialdemokraten (UBSD). Sie wird geführt von Selim Beslagić, dem Bürgermeister von Tuzla. Ihre Wähler kommen meist aus städtischen Industriegebieten, vor allem in Tuzla und Sarajewo. Zum größten Teil besteht sie aus Mitgliedern der ehemaligen Reformistischen Partei, die vom letzten jugoslawischen Premierminister Ante Marković gegründet worden war. Die UBSD steht für ein multi-ethnisches Bosnien, für die Marktwirtschaft und eine Zivilgesellschaft, wie sie es nennt. Die nächstgrößere Oppositionspartei sind die ehemaligen Kommunisten, die Sozialdemokrati-

Vielvölker-Föderation oder getrennte Schlafzimmer?

sche Partei (SDP) unter Nijaz Duraković. Weniger Einfluß haben die inzwischen gespaltenen Liberale Bosnische Organisation (LBO), die national orientiert ist und für Marktwirtschaft und Privatisierung eintritt, die Kroatische Bauernpartei (HSS) und die Liberale Partei links von der Mitte.

Auf den „serbischen“ und „kroatischen“ Sitzen in der Präsidentschaft sind neben der HSS zwei weitere Parteien zu finden: die Bürgerlich-Demokratische Partei unter Mirko Pejanović (der auch Präsident der serbischen Gemeinschaft in Sarajewo ist) und die noch recht neue Republikanische Partei unter Ivo Komsić.

Die sozialdemokratische Opposition UBSD wirft Izetbegović vor, diese Vertreter in der Präsidentschaft nur als Stafflage zu benutzen, zum äußeren Schein eines ethnischen Ausgleichs und eines pluralistischen Teams. In Wahrheit aber hätten er und die SDA die Zügel in der Hand. Sie dominieren die staatlichen Strukturen. „Seit über einem Jahr hat der Präsident mit verfassungsgemäßen und nicht-verfassungsgemäßen Mitteln die Legislative übernommen und praktisch alle anderen Funktionen des Parlamentes“, spitzte es Senad Pecanin, der Chefredakteur der bosnischen Zeitung *BH Dani*, kürzlich zu.

Das hat Auswirkungen auf den Charakter eines zukünftigen Staates Bosnien-Herzegowina und auf die Frage, ob das Land eine bürgerlich-demokratische und multi-ethnische Föderation bleibt oder ein moslemischer Staat wird, der den Anspruch erhebt, ein Nationalstaat zu sein.

Die Sozialdemokraten werden nicht müde, vor der letztgenannten Lösung zu warnen, schlagen dabei aber moderate Töne gegenüber den Moslems an. „Der Krieg war kein Angriff auf ein Land, sondern auf eine bestimmte Bevölkerung“, sagte Sejfun

Tokić, Vizepräsident der UBSD, letzte Woche vor Vertretern der Jungen Europäerischen Föderalisten in Sarajewo und auf das Schicksal der Moslems anspielend: „Es ist eine Bevölkerung, die politisch werden und nicht nur eine ethnische Gruppe bleiben wollte.“

Die Moslems – eine versprengte Nation

Insofern ist die Tragödie mehr als nur ein ethnischer Bürgerkrieg, nämlich ein Kampf um Geltung und Anerkennung mit politisch-nationalem Anstrich. So gelten auch die Moslems als eine versprengte Nation. Bereits seit der jugoslawischen Volkszählung 1971 gelten sie offiziell als „Nationalität“. Im Bulletin seiner Partei schrieb Tokić kürzlich: „Eingezwängt zwischen den größeren Staatsvorhaben Serbien und Kroatiens, die Unfähigkeit und Unfähigkeit der internationalen Institutionen erleidend, durchlebten die bosnischen Moslems ihre schlimmsten Zeiten, indem sie sich auf jeden stützen, der ihnen hilft, einschließlich radikaler islamischer Kreise.“ Dann allerdings, so warnt der Sozialdemokrat vor den Folgen, fände sich „die moslemische Gemeinschaft slawischen Ursprungs von der europäischen Zivilisation ausgeschlossen und gewaltsam in radikale islamische Hände getrieben“. Die Sozialdemokraten suchen eine Perspektive, die auch die serbische Minderheit berücksichtigt. Es sei Zynismus, daß diejenigen mit der stärksten Militärmacht trotz ihrer reichlich bekannten Menschenrechtsverletzungen von den westlichen Mächten das Recht zugesprochen bekommen hätten, alle Serben zu vertreiben, schreibt Sacirbey. Die Moderaten seien nicht berücksichtigt worden. „Es sollte klar sein, daß Serben auch weiterhin

ein willkommener Bestandteil der bosnischen Gesellschaft sind“, so Sacireby weiter. Das zeige sich auch an den vielen Serben, „die friedlich in unserer Bevölkerung leben“, und an denen in der bosnischen Regierung sowie im Militär. Im übrigen sei Bosniens Botschafter in Paris ein Serbe. Das klingt fast beschwörend, beschreibt die gesellschaftliche Lage aber recht genau.

Was den Pluralismus der Regierungsgämbter anbelangt, ist sein Parteigenosse Tokić etwas skeptischer. In der Zeit, als die gedankliche Abspaltung Bosniens in Serben, Kroaten und Moslems von der Europäischen Union und den Vereinten Nationen vorgenommen worden sei, so Tokić, sei das diplomatische Corps Bosniens entstanden. Daher bestehe es vorwiegend aus „moslemischem Personal, das zumeist die Idee

eines moslemischen Nationalstaates unterstützt“.

Über den Charakter eines zukünftigen Bosnien-Herzegowinas ist also noch nicht entschieden. Ein islamischer Staat wäre ein dritter nationalistischer Protagonist in diesem Krieg. Gefährlicherweise ist er von den westlichen Staaten bereits vorgedacht worden, möglicherweise in einer Self-fulfilling-prophecy.

Noch ist der Staat ein multi-ethnischer und multi-nationaler Verband, nicht nur auf dem Papier. Doch eine Konsolidierung dieser Gesellschaft kann es nur im Frieden geben. Mit jedem Tag Krieg, mit jedem Toten, mit jeder neuen Kriegskonstellation mit wechselnden Fronten ihrer politischen Führer werden die Menschen unversöhnlicher und weniger bereit sein zu Kompromissen und Toleranz.

Kriegsreporter ohne Erfahrung

„Ich meine, daß die Kriegsberichterstattung ein eigenes Fach innerhalb des journalistischen Berufsfeldes sein sollte. Früher waren die Kriegsreporter noch Spezialisten. Sie besaßen viel Erfahrung, waren sehr vorsichtig, aber sie reflektierten auch sehr viel. Die Schwäche der modernen Kriegsberichterstattung dagegen besteht in ihrer Losgelöstheit vom politischen Kontext. Man kann die moderne Geschichte nicht allein durch brennende Panzer oder zerbombte Häuser zeigen. Den Kriegsreportern von heute fehlt oft das grundlegende Wissen. Worum geht es überhaupt in Tschetschenien? Es fehlt eine synthetische Sicht, wie sie für die alte Kriegsberichterstattung charakteristisch war.“

(Ryszard Kapuściński in Die Zeit vom 20. Januar 1995)

Auf engstem Raum erwirtschaften die Bürger des Großherzogtums das zweitgrößte Bruttoinlandsprodukt der Welt.

Luxemburg als Modell?

Christoph Schalast

Luxemburg ist derzeit der kleinste Mitgliedsstaat der Europäischen Union, sowohl nach Quadratkilometern als auch nach Einwohnern – und dies mit weitem Abstand. Doch diese Situation könnte sich ändern, wenn die Beitrittskandidaten aus Ost- und Zentraleuropa, wie etwa die Republik Slowenien, die Slowakische Republik, die Baltischen Staaten, oder aber auch die Inselrepubliken Malta und Zypern der Europäischen Union beitreten. Angesichts dieser Beitrittskandidaten – Slowenien wird beispielsweise heute neben der Tschechischen Republik als der fortschrittlichste Reformstaat des ehemaligen Ostblocks gesehen – stellt sich die Frage, wie ein Kleinstaat innerhalb der Europäischen Union seine nationale Identität bewahren und seine wirtschaftliche Prosperität sichern kann. Dabei weisen alle vorstehend genannten Staaten gewisse strukturelle Gemeinsamkeiten auf. Diese kann man wie folgt benennen:

- lange Fremdherrschaft;
- Kampf um die eigene nationale Identität gegen ein fremdes Staatsvolk, insbesondere im 19. Jahrhundert;
- verhältnismäßig kurze Eigenstaatlichkeit ohne entsprechende Tradition;
- Einbindung in größere, subnationale Regionen und Wirtschaftsräume.

Angesichts dieser Gemeinsamkeiten soll versucht werden, die Erfolge und Probleme des Großherzogtums Luxemburg als Staat als Nation, als Teilregion und als Mitglied der Europäischen Union exemplarisch darzustellen.

Ausgangspunkt dieser Überlegungen müssen dabei die historischen und wirtschaftlichen Wurzeln der heutigen Identität von Luxemburg sein, das heißt seine einschneidende strukturelle Wandlung vom Agrarstaat zu Beginn des 19. Jahrhunderts zum Bestandteil der Montanregion Saar-Lor-Lux und schließlich zu einem führenden europäischen Finanzplatz. Ein Luxemburger Historiker hat das Großherzogtum einmal als „Zufallsprodukt der Geschichte“ bezeichnet, und es war sicherlich ein glücklicher Zufall, daß Luxemburg heute ein souveräner Staat ist, während etwa Lothringen sei Ende des 18. Jahrhunderts seine Unabhängigkeit verloren und das Saarland in dieser Jahrhundert zweimal eine Eigenstaatlichkeit sogar abgelehnt hat.

Bisher wurde der regionale Aspekt der Industriegeschichte, insbesondere des 19. Jahrhunderts, von der Geschichtsschreibung vernachlässigt. Doch nunmehr kündigt sich auch in dieser Hinsicht ein Paradigmenwechsel an, und neuere Untersuchungen sind bemüht, den Wirtschafts-